

Sie regierten nur auf Abruf

Aus dem Chefsessel hinter Gitter: Prominenten Oppositionellen wird der Prozess gemacht

Es passiert selten genug in Russland, doch manchmal schaffen es „echte“ Oppositionelle tatsächlich in lokalpolitische Führungsämter. Das ist manchmal ein Betriebsunfall, manchmal ein bewusster Kompromiss. Doch vor allem entsteht der Eindruck, dass das System früher oder später seine ungeliebten Kinder frisst.

Von Tino Künzel

Die namhafte russische Kremlkritikerin Irina Chakamada hat einmal gesagt, sie werde es wohl nicht mehr erleben, dass die Opposition in Russland an die Macht komme. Chakamada ist 61 Jahre alt, bei den Dumawahlen kandidiert sie nach längerer politischer Abstinenz für die erst im Frühjahr gegründete wirtschaftsfreundliche – und völlig chancenlose – „Wachstumspartei“.

Ulaschow bestand bis zum Schluss darauf, an ihm werde ein Exempel statuiert.

Dass sich bei den Wahlen ein Ergebnis abzeichnet, mit dem die Prophezeiung der Altliberalen wieder ein Stück wahrscheinlicher wird, muss noch nichts heißen. Der letzte Wahlgang 2011 hat gezeigt, wie schnell sich das Blatt wenden kann. Doch seitdem hat es der Russlands Führung fertiggebracht, einerseits scheinbar mehr Pluralität zuzulassen, andererseits die

politische Landschaft weiter auf Linie zu bringen. Die Opposition wird in diesem Koordinatensystem von den handzahmen Dumaparteien „Gerechtes Russland“, LDPR und den Kommunisten gemimt, die dafür den einen oder anderen Knochen hingehalten bekommen. Von den 85 russischen Gouverneuren sind nur 16 nicht Mitglied der vom Kreml gelenkten Partei „Einiges Russland“: Zwei gehören den Kommunisten an, einer der LDPR, die übrigen sind parteilos.

Für den Nachwuchsstar der Oppositionspartei „Jabloko“, Lew Schlossberg, der in seiner Heimatstadt Pskow das Establishment zur Weißglut gebracht hat und nun ebenfalls für einen Sitz in der Duma kandidiert, sind sämtliche bisherigen Dumaparteien „Parteien Putins“, „Parteien der Unfreiheit, der Zensur und der Gewalt“. Während sich „Jabloko“ und erst recht der wortgewaltigste Kremlgegner Alexej Nawalnyj über fortwährende Behinderungen beklagen, sind auch die wenigen Beispiele, bei den Oppositionelle in verantwortliche Ämter gelangten, wenig ermuti-



Tiefer Fall: Ex-Gouverneur Nikita Belych soll korrupt sein.

gend. Anfang August wurde der Ex-Bürgermeister der Regional-Hauptstadt Jaroslawl, Jewgenij Ulaschow, zu 12,5 Jahren strenger Lagerhaft und einer Geldstrafe in Höhe von umgerechnet rund einer Million Euro verurteilt. Er war 2012 vom Volke gewählt worden und hatte in einer Stichwahl sowohl von Moskau als auch vom Gouverneur unterstützten Kandidaten von „Einiges Russland“ um Längen geschlagen. Ulaschow selbst war kurz zuvor aus

„Einiges Russland“ ausgetreten und hatte sich später der „Bürgerplattform“ des Milliardärs Michail Prochorow angeschlossen. Nach einem Jahr im Amt und wenige Wochen nach einer Demonstration, bei der er ankündigte, bei den nächsten Wahlen den Gouverneur herausfordern zu wollen, wurde der 49-Jährige verhaftet und der Korruption beschuldigt: Er soll von einem Unternehmer, der ebenfalls Mitglied bei „Einiges Russland“ ist, 14 Millionen

Rubel Schmiergeld gefordert haben. Das Verfahren reihte sich in eine Reihe weiterer schlagzeilenträchtiger Prozesse gegen Bürgermeister in anderen Teilen des Landes ein, erregte jedoch wegen der Umstände besondere Aufmerksamkeit. Ulaschow bestand bis zum Schluss darauf, dass es sich um einen politischen Fall handle und an ihm ein Exempel statuiert werde.

Ähnlich dramatisch scheint auch die politische Karriere von Nikita Belych zu Ende zu gehen. Der ehemalige Vorsitzende der liberalen Oppositionspartei SPS wurde 2009 vom damaligen Präsidenten Dmitrij Medwedew zum Gouverneur der Region Kirow ernannt. Diesen Sommer wurde er nun in einem Moskauer Einkaufszentrum nach Angaben der Ermittlungsbehörde bei der Entgegennahme einer sechsstelligen Euro-Bargeld-Summe auf frischer Tat ertrappt. Angeblich wollte sich Kirower Unternehmen dafür Vorteile erkaufen. Belych sitzt in Untersuchungshaft.

Droht dem populären Bürgermeister der Millionenstadt Jekaterinburg, Jewgenij Rojsman, ein ähnliches Schicksal? Der letzte Oppositionelle in derartiger Position, eine schillernde Figur und als Drogenbekämpfer bekannt geworden, gibt zumindest nicht schon vorsorglich klein bei. Er sei von der Unschuld Ulaschows überzeugt, sagte er unlängst.

„Die Menschen sind müde geworden“

„Golos“ hat neuerdings Mühe, Freiwillige als Wahlbeobachter zu gewinnen

Mutmaßliche Fälschungen bei den Dumawahlen 2011 sorgten landesweit für lang anhaltende Massenproteste. Wahlbeobachter halfen, die Tricks bei der Stimmgabe aufzudecken. Wenn am 18. September erneut gewählt wird, machen es ihnen neue, restriktive Gesetze schwer.

Von Mandy Ganske-Zapf (n-ost)

Wladimir Jegorow steht vor einem schlichten Gebäude in Dorogomilowo, einem Viertel im Westen Moskaus. Hier, in dieser Schule, war er erstmals Wahlbeobachter. Bei den letzten Parlamentswahlen in Russland vor fünf Jahren habe sein damaliger Chef den Angestellten diktiert, gemeinsam im Büro per Briefwahl abzustimmen. Der 48-jährige Jegorow war empört – und wurde zum Aktivist. Er schloss sich dem Aufruf von „Golos“ an, jener Organisation, die bei den Wahlen 2011 maßgeblich daran beteiligt war, Missstände und Verzerrungen aufzudecken.

So wie Jegorow setzten sich damals Tausende für faire Wahlen ein. Kurz zuvor hatte Wladimir Putin seine Rückkehr auf den Präsidentenstuhl angekündigt, Unmut



Wahlkampf in Moskau: Wählerin am Stand der Partei „Parnas“.

machte sich in Teilen der Bevölkerung breit. Als sich am Wahltag Hinweise auf massive Fälschungen häuften, kippte die Stimmung. Mehr als 100 000 Menschen gingen in den darauf folgenden Wochen landesweit auf die Straßen. Es war der Anstoß für eine Protestbewegung, die das Land seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht gesehen hatte – und die bis weit in das Jahr 2012 hineinreichen sollte.

Grigorij Melkonjanz sitzt im Büro eines Flachbaus, er leitet die Moskauer Zentrale von „Golos“.

Die Organisation rekrutiert und schult unabhängige Wahlbeobachter. Die nächsten Parlamentswahlen stehen am 18. September an, doch Melkonjanz hat Schwierigkeiten, neue Helfer zu finden. „Die Menschen sind müde geworden, apathisch“, stellt er fest. Zwischen 2011 und heute liegen Verhaftungen, Schauprozesse, die Annexion der Krim und der Kriegsausbruch im Donbass. „Die Leute wissen nicht mehr, worauf sie überhaupt noch Einfluss haben“, sagt Melkonjanz. Zudem hat das Justizmi-

nisterium „Golos“ als sogenannten „ausländischen Agenten“ gebrandmarkt, begründet mit früheren Zuwendungen aus dem Ausland. Das Stigma bleibt haften.

Noch größere Sorgen macht sich Melkonjanz allerdings wegen der neuen, restriktiven Gesetze. Ein Wahlbeobachter darf nicht mehr zwischen verschiedenen Wahllokalen wechseln, sondern muss in einem konkreten Lokal eingesetzt werden. „Damit wird unsere Arbeit ernsthaft eingeschränkt“, so Melkonjanz. „Früher hatten wir auch mobile Gruppen“, erklärt er. Die konnten auf Zuruf los, wenn Hinweise auf Verstöße per Hotline oder Social Media gemeldet wurden. Das sei nun unmöglich.

Hunderte Verstöße liegen „Golos“ bereits aus dem laufenden Wahlkampf vor. Ganz offen würden viele Verwaltungen zum Beispiel ihre Wunschkandidaten unterstützen, sagt Melkonjanz – sei es mit der Organisation von Veranstaltungen im Wahlkreis oder PR in staatsnahen Medien. Was einst verdeckt betrieben worden sei, verkünde manch Beamter heute gar mit Stolz. Für den Bürgerrechtler ist das eine fast zwangsläufige Entwicklung: „Es wurde über die

Jahre nicht geahndet.“ Die nutznießenden Kandidaten kommen meist von der alles dominierenden, kremltreuen Partei „Einiges Russland“.

Am Wahltag wolle man mit mindestens 5000 Wahlbeobachtern in mehr als 40 Regionen präsent sein, sagt Melkonjanz. Nicht einmal die Hälfte hat „Golos“ bislang beisammen.

Der Moskauer Wladimir Jegorow ist auf alle Fälle williger dabei. Dutzende Wahlen hat er inzwischen begleitet: lokal, regional, international. Er ist der Koordinator für die Beobachter im westlichen Moskau. Derzeit telefoniert er Kontakte ab, fragt, wer sich erneut engagieren möchte. Bis zu fünf Stunden am Tag ist er ehrenamtlich im Einsatz, halbtags arbeitet er als Wirtschaftsprüfer. „Je mehr Menschen zur Wahl gehen, desto schwieriger wird die Wahlmanipulation“, glaubt er. Deshalb wollen die Leute unbedingt abstimmen. Gleichzeitig hört er von vielen Seiten: „Warum soll ich wählen gehen? Sie schreiben doch selbst, wie viele Verstöße es gibt.“ Ausgerechnet das Engagement für faire Wahlen, sagt Jegorow, produziere solch ein seltsames Dilemma.